

Resolution: Mietpreisbremse jetzt!

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 07.03.2023 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Margareten spricht sich für eine Mietpreisbremse aus, sodass Mieten nur noch um maximal 2 Prozent jährlich erhöht werden dürfen.

Begründung

Österreichs Mieter*innen steht die nächste massive Belastungswelle bevor. Im April werden die Richtwertmieten um weitere 8,6% Prozent erhöht. Im Juli werden die Kategoriemieten zum 4. Mal binnen 14 Monaten um mindestens 5% erhöht. Mieten am freien Markt können mit Steigerungen um 10% rechnen.

Die steigenden Mieten machen sich jedoch nicht nur bei den Mieter*innen bemerkbar, sondern treiben auch den Verbraucherpreisindex, an den die meisten Mietzinse gekoppelt sind, nach oben. Die Teuerungsspirale muss zur Entlastung aller gestoppt werden. Den wenn man möchte, dass die Inflation sinkt, dann dürfen auch Preise und Mieten nicht um ein Vielfaches dieses Wertes steigen. Dass dies möglich ist, haben uns einige europäische Länder bereits vorgemacht. So haben z.B. Schottland (0%), Portugal und Spanien (2%), Frankreich (3,5%), Dänemark (4%), die Schweiz und Niederlande die Mieterhöhungen begrenzt.

Steigende Mieten sind kein Naturgesetz. Die Immobilienbranche casht ab und nimmt immer mehr ein, während hunderttausenden Mieter*innen dagegen schon wieder die nächste Teuerung droht. Leistbares Wohnen ist aber ein Grundrecht. Das gilt umso mehr in der Krise.

BRin Mag.^a Elke Hanel-Torsch
Klubvorsitzende

BRin Mag.^a Alexandra Rezaei